



Bundesverband der Deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

**Presseerklärung des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und
Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) zu den am 24.03.2021 vom BMF
veröffentlichten Eckwerten für die kommenden Verteidigungshaushalte**

„Finanzierungslücke bis 2025 in Höhe von 41,8 Mrd Euro“

Der Hauptgeschäftsführer des BDSV, Dr. Hans Christoph Atzpodien, erklärt zu den am 24.03.2021 durch das Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Eckwerten für die Bundeshaushalte der Jahre 2022 bis 2024 mit Blick auf den Einzelplan 14 (Budget des Bundesministeriums der Verteidigung):

„Bedingt durch die Covid-19-Pandemie und die dadurch hervorgerufenen Auswirkungen auf die kommenden Haushaltsjahre wird schon seit Wochen darüber spekuliert, welche Folgewirkungen Pandemie-bedingte Einsparungsnotwendigkeiten auf die künftigen Verteidigungshaushalte haben werden und haben dürfen. Mit der Vorlage der aktuellen Haushalts-Eckwerte für die Jahre 2022 bis 2024 eröffnet die noch amtierende Bundesregierung einen ernüchternden Blick auf die Lage:

2022: BMVg-Anforderung 53,1 Mrd – Eckwertebeschluss 49,29 Mrd Euro

2023: BMVg-Anforderung 55,4 Mrd – Eckwertebeschluss 46,33 Mrd Euro

2024: BMVg-Anforderung 59,3 Mrd – Eckwertebeschluss 46,15 Mrd Euro

2025: BMVG-Anforderung 61,5 Mrd – Eckwertebeschluss 45,73 Mrd Euro

Daraus ergibt sich eine Finanzierungslücke bis 2025 in Höhe von 41,8 Mrd Euro. Danach würde es aus heutiger Sicht dabei bleiben, dass die Verteidigungshaushalte der kommenden drei Jahre, vor allem aber der darin enthaltene Anteil für neue Ausrüstung der Bundeswehr, nicht weiter ansteigen, sondern eher wieder abfallen, und zwar noch stärker als bisher geplant.

Erst Mitte Februar hatten Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn in einem ungewöhnlich dringlichen, gemeinsam gezeichneten Aufruf unter dem Titel ‚Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft‘ in klarer Sprache die Bedrohungslage Deutschlands beschrieben, vor allem aber auch die Herausforderungen, vor die die Bundeswehr dadurch gestellt ist, deutlich gemacht. Dies hatten sie mit einem Appell zu erhöhten Verteidigungsausgaben verbunden, gekoppelt mit der Selbstverpflichtung zu Priorisierung, Überprüfung und Modernisierung. Zeitgleich wurde in den bundesdeutschen Medien ebenfalls aus Bundeswehr-Quellen berichtet, dass gleichbleibende Verteidigungshaushalte in den nächsten Jahren angesichts steigender laufender Kosten den Spielraum für Neu-Anschaffungen bis 2026 gegen Null reduzieren würden.

Auch unabhängige Gutachten, wie das jüngst vom Institut der Deutschen Wirtschaft in den IW-Trends 1/2021 unter dem Titel „Verteidigungsausgaben in Deutschland“ veröffentlichte Papier, lassen keinen Zweifel daran, dass Deutschland auch im Vergleich mit seinen engsten Nachbarn und NATO-Partnern Frankreich und UK deutlich mehr für die Ausrüstung seiner Streitkräfte ausgeben muss als dies auch aktuell wieder geplant wird. Angesichts der jetzigen Budget-Eckwerte wird Deutschland zudem die mehrfach gegenüber der NATO versprochenen 2 % des BIP für Verteidigung absehbar weiter verfehlten. Auch wenn man anstelle des 2 %-Ziels eine Projektion auf 10 % der NATO-Fähigkeiten-Gestellung per 2031 präferiert oder die 2 % bereits in sich für ein politisch verfehltes Ziel hält (wie dies einige der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien tun), bedeutet dies mehr als eine bloße politische Fußnote. Denn so oder so ändert dies nichts daran, dass die Bundeswehr angesichts ihrer feststehenden Aufgaben im Bündnis und ihrer immer wieder ausgeplanten Ausrüstungsbedarfe in den kommenden Jahren Budgets braucht, die für neues Equipment zusätzliche Freiräume in der Größenordnung von zusätzlichen 15 bis 20 Milliarden € pro Jahr erfordern (s. „Der Spiegel“ vom 06.02.2021 unter dem Titel „In der Parallelwelt“). Hinzu kommen die absehbaren Verwerfungen im Verhältnis zu Deutschlands engsten NATO-Verbündeten (allen voran der Biden-Administration in den USA).

Der BDSV als Interessenvertretung derjenigen deutschen Unternehmen, die sich primär als Ausrüster von staatlichen Sicherheitsorganen – vor allem Bundeswehr und Polizei – verstehen, unterstützt daher die Bundeswehr nachdrücklich in ihrem öffentlichen Werben für höhere Verteidigungs- und vor allem Ausrüstungsausgaben. Erst eine moderne und technisch hochwertige Ausrüstung sichert unseren Soldatinnen und Soldaten bestmöglichen Schutz in ihren Einsätzen und erlaubt es unserer Truppe, ihre vielfältigen Aufgaben im Interesse der Sicherheit von uns allen angemessen zu erfüllen.“

Berlin, 24.03.2021

Peter Scheben
Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und
Verteidigungsindustrie e.V. - BDSV
Atrium Friedrichstraße
Friedrichstraße 60
10117 Berlin
Tel: 030-2061899-40
Fax: 030-2061899-90
E-Mail: p.scheben@bds.eu

Website: www.bds.eu
Twitter: [@BDSV_Berlin](https://twitter.com/BDSV_Berlin)